

FRIEDENSERKLÄRUNG 05

der Friedensinitiative der STADT LINZ

Gegenwärtig erleben wir, dass der Krieg, der mit der Charta der Vereinten Nationen von 1945 endgültig als legitimes Mittel der Politik verbannt wurde, wieder in das Völkerrecht zurückkehrt. War seit 1945 völkerrechtlich nur reine Selbstverteidigung gegen Aggression von außen erlaubt, so nehmen die USA und Russland neuerdings auch das Recht für sich in Anspruch, Kriege vorwegnehmend („präemptiv“) zu führen - auf den reinen Verdacht hin, dass aus einem anderen Staat heraus eine Aggression geplant sein oder in unbestimmter Zukunft ausgeführt werden könnte. Diese Entwicklung ist außerordentlich gefährlich, weil sie der alten Willkür - nur heute unter den Bedingungen moderner Massenvernichtungswaffen - Tür und Tor öffnet. Wir appellieren an die Europäische Union, sich von dieser Tendenz in eindeutiger Weise abzugrenzen und sich uneingeschränkt zur UN Charta zu bekennen.

Wohin Kriegführung auf Verdacht führen kann, zeigt die Katastrophe von New Orleans: Für das Projekt zur Prävention von Überflutungen in Louisiana standen trotz dringender Warnungen ab 2003 infolge der hohen Kosten für den Irakkrieg nur noch 20% der dafür budgetierten Bundesmittel zur Verfügung.¹

Was hier sichtbar wird, gilt leider auch für die *Kriegsprävention*. Weil eine gelungene Prävention keine Schlagzeilen hergibt, wird wenig dafür getan. Wir begrüßen den Beschluss des UN-Gipfels vom September 2005, eine *Peacebuilding Commission* für den Wiederaufbau in ehemaligen Kriegsgebieten und in zerfallenden Staaten einzurichten. Wir bedauern aber, dass *Kriegsprävention* nicht zu ihren Aufgaben gezählt wird. Wir appellieren daher an die Regierung, während der österreichischen EU-Präsidentschaft im kommenden Jahr sowohl auf EU- als auch auf UN-Ebene dafür einzutreten, Einrichtungen zu schaffen, die sich speziell um die Vorbeugung gegen Krieg, Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit kümmern, wo immer sich Anzeichen der Gefährdung zeigen.

Solche Bemühungen sind aus der Position der Neutralität heraus wesentlich leichter in Gang zu bringen. Wir begrüßen daher das eindeutige Bekenntnis des österreichischen Bundespräsidenten und aller Parlamentsparteien am Nationalfeiertag 2005 zur österreichischen immerwährenden Neutralität und fordern, dieses Bekenntnis gerade auch angesichts der drohenden Gefahr einer Rückkehr des Krieges in das Völker(gewohnheits)recht mit politischem Leben zu erfüllen.

Auch von gesellschaftlichen Organisationen kann dafür etwas getan werden. Dies wurde beim 4. „Österreichischen Forum für Frieden und Gewaltfreiheit“ sichtbar. Es fand heuer in Linz statt und wurde von der Stadt Linz unterstützt.

Das Augenmerk der daran teilnehmenden Initiativen galt auch dem Umgang mit Menschen, die aufgrund akuter Lebensgefahr um Asyl ansuchen. Es entspricht einer humanistischen Tradition, politisch, ethnisch, weltanschaulich oder religiös verfolgten Menschen Schutz und neue Perspektiven zu gewähren.

¹ Will Bunch (Philadelphia Daily News), Why the Levee Broke, 1.9. 2005, <http://www.alternet.org/story/24871>

Linz ist eine Stadt, die sich zu diesem Anspruch der Menschlichkeit bekennt.